



Stellungnahme von Parents for Future Bonn und weiteren Klimaschutzgruppen zu einem Gerichtsprozess gegen Aktivist:innen der „Letzten Generation“

„Klima schützen statt Klimaschutzaktivist:innen kriminalisieren!“

Aktuell gibt es zahlreiche Gerichtsverhandlungen aufgrund der Aktionen zivilen Ungehorsams von Aktivist:innen der Klimaschutzgruppe „Letzte Generation“; so auch am Montag, den 13.11.2023, am Amtsgericht in Bonn. Wir appellieren an Politiker:innen, Medien und Bürger:innen, das eigentliche Thema hinter der Kritik an den Protestformen nicht zu verschweigen, sondern die uns alle direkt bedrohende Klimakrise als Grund dieses Protests anzuerkennen und für das nötige Umdenken und Umlenken zu sorgen.

In den Medien und öffentlichen Äußerungen von Politiker:innen werden Aktionen der „Letzten Generation“ meist scharf verurteilt und die Justiz zu einem harten Durchgreifen aufgefordert. Ihre Forderungen und der Grund ihrer Proteste – unzureichender Klimaschutz – werden dagegen kaum behandelt und diskutiert. Der UN-Generalsekretär António Guterres kritisierte im April 2022, dass „Klimaaktivisten manchmal als gefährliche Radikale dargestellt werden. Aber die wirklich gefährlichen Radikalen sind die Länder, die die Produktion fossiler Brennstoffe steigern. Investitionen in neue Infrastrukturen für fossile Brennstoffe sind moralischer und wirtschaftlicher Wahnsinn.“

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag dazu bekannt, umwelt- und klimaschädliche Subventionen und Ausgaben abzubauen. Passiert ist bisher nichts. Im Gegenteil, die weltweiten Investitionen der Industrie in die Förderung weiterer Öl- und Gasvorkommen erreichen neue Rekordhöhen und FDP-Chef Christian Lindner stellt sogar den Kohleausstieg bis 2030 wieder in Frage. Obwohl das Bundesverfassungsgericht bereits 2021 festgestellt hat, dass die Freiheitsrechte der jüngeren Generation durch das Verschieben notwendiger Klimaschutzmaßnahmen nicht verletzt werden dürfen, passiert genau das. In der Anhörung des zuständigen Bundestagsausschusses zur Novelle des Klimaschutzgesetzes, die diese Woche stattfand, wird von den Expert:innen massive Kritik geübt, da in der Novelle eben jene verfassungsrechtlich ausgesprochen problematische Verschiebung der Lasten auf die nachfolgenden Generationen erfolge. Parents for Future hat daher im Bündnis mit vielen anderen Gruppen den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier aufgefordert, das Gesetz nicht zu unterzeichnen.

Über 2000 Wissenschaftler:innen richteten sich kürzlich mit der offenen Petition „Handeln statt kriminalisieren“ zur Unterstützung von Klimaaktivist:innen an die Bundesregierung. Dort heißt es: „Die Aktivist:innen weisen auf schwerwiegende staatliche Versäumnisse und soziales Unrecht hin, agieren offen, wählen friedliche Protestformen, verfolgen keine eigennützigen Ziele und setzen ihre Aktivitäten nicht leichtfertig, sondern als letztes Mittel („ultima ratio“) ein, um auf einen dringenden politischen Handlungsbedarf aufmerksam zu machen.“ Dieser Erklärung schließen wir uns vorbehaltlos an.

Kontakt:

P4F: Malte Kleinwort
bonn@parentsforfuture.de
0151-17821352

FFF: Lasse Scherbarth
bonn@fridaysforfuture.is
0151-40376362

Links:

Petition „Handeln statt kriminalisieren“
<https://handeln-statt-kriminalisieren.com/>

Offener Brief an den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier:
<https://www.parentsforfuture.de/de/pm-offenerbrief-ksg-steinmeier>